

Die Wahlgeschenke der Politiker

Olaf Scholz wirbt für die Sicherheit

Der Wahlkampf nimmt Fahrt auf. Die Parteien überschlagen sich mit ihren Versprechungen für die Wähler. Olaf Scholz will mehr für die Sicherheit und den Zusammenhalt in der Bevölkerung tun. Dabei hat er während seiner Kanzlerschaft, die Polizei mehr als geschwächt. Das Bild der Unsicherheit zeigt sich in der Hauptstadt Berlin. Dort hat die Polizei jeglichen politischen Rückhalt verloren. Die Straßenschlachten bei denen Menschen sowie die Ordnungshüter erheblich verletzt werden, sind zum Symbol der Stadt geworden.

Friedrich schafft das Bürgergeld ab

Kanzlerkandidat Friedrich Merz der CDU/CSU will wieder Ordnung in die Gesellschaft bringen. Migranten, die straffällig werden, soll der Pass entzogen und abgeschoben werden. Das Bürgergeld, das jedes Jahr ein gewaltiges Loch in den Staatshaushalt reißt wird abgeschafft, das erhöht den Druck einen Job anzunehmen. Merz sollte auch die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verringern und die Zahlungen sukzessiv kürzen. Außerdem will die Union die Verbrenner - Vorschrift komplett streichen, was für die Automobilindustrie und die Mitarbeiter ein Aufatmen wäre. Zusätzlich soll die Stromsteuer abgesenkt werden. Mit einer Steuerreform sollen die fleißigen Arbeitnehmer, erst bei einem Einkommen von 80.000 Euro der Spitzensteuersatz greifen. Diese Vorhaben des Kanzlerkandidaten Friedrich Merz können zum Wirtschaftswachstum einen großen Beitrag leisten.

Robert Habeck sitzt am Küchentisch

Philosoph Robert Habeck, der Schreck der deutschen Unternehmer will für Vertrauen innerhalb der Bürger werben. Mit seinen staatstragenden Reden vom Küchentisch zeigt er den Wählern auf, was man alles machen müsste. Er vergisst dabei, dass er dies als Minister in den letzten drei Jahren alles selbst hätte regeln können. Dabei hat Habeck Deutschland in eine katastrophale Lage mit seiner ideologischen Politik manövriert. Die Energiepreise sind weitaus höher als in den anderen Wirtschaftsstandorten der Welt. Fast täglich gibt es Schreckensnachrichten von Firmen, die Insolvenz anmelden und die Mitarbeiter auf die Straße schicken müssen. Die Menschen haben durch die hohen Strompreise weniger Geld am Monatsende im Portemonnaie. Die Pleiten sind im vergangenen Jahr erheblich angestiegen, im Monat Oktober gingen über 2.000 Anträge bei den Amtsgerichten ein. Ein Anstieg von über 35 Prozent gegenüber dem Jahr 2023. Im Monat Oktober 2024 beträgt allein der wirtschaftliche Schaden 3,5 Milliarden Euro.

München, den 11.01.2025 © Global Research Institute - Gartner (GRIG)

<http://www.Profgartner.com> Profgartner@t-online.de

Ausgabe N^o 13, XVII. Jahrgang © *Wir wissen zu wenig, um Alles zu begreifen*